



Plenartagung

Vorschau - Plenartagung vom 2.-5. Februar 2009

- Abschlussbericht des Ausschusses zum Klimawandel
- Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und Kinderpornographie
- CIA-Flüge in Europa
- Rückführung und Neuansiedlung von Guantánamo-Häftlingen
- Feierliche Sitzung mit Mahmud Abbas
- Abgeordnete nehmen Situation in Flüchtlingszentren unter die Lupe
- Sanktionen gegen Personen, die illegale Einwanderer beschäftigen
- Erklärungen des Rates und der Kommission zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Automobilindustrie
- Die Lehren aus der Gaskrise: Entwurf für eine zukünftige Energiepolitik
- Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit China
- Inverkehrbringen und Verwendung von Futtermitteln

Plenartagung

Redaktion & Veröffentlichung :

Andreas KLEINER

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (32-2) 28 32266

STR: (33-3) 881 72336

PORT: (+32) 498 98 33 22

Redaktion & Veröffentlichung :

Katrin EICHEL

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (32-2) 28 41027

STR: (33-3) 881 73782

Redaktion & Veröffentlichung :

Isabel ROBLES SALGADO

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (32-2) 28 41329

Internet: http://www.europarl.europa.eu/news/expert/tous_les_briefing/default/default_de.htm

Schwerpunkte

Während seiner Sitzung vom 2.-5. Februar wird sich das EP u. a. mit folgenden Themen befassen: Abschlussbericht des Nichtständigen Ausschusses zum Klimawandel, Rückführung und Neuansiedlung von Guantánamo-Häftlingen, CIA-Flüge in Europa, Auswirkungen der Finanzkrise auf die Automobilindustrie, Sanktionen gegen Personen, die illegale Einwanderer beschäftigen, Neufassung des EU-Futtermittelrechts, Energiepolitik, Situation in Flüchtlingszentren in der EU sowie Kampf gegen sexuelle Ausbeutung von Minderjährigen und Kinderpornographie. Am 4. Februar wird der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, zu den Abgeordneten sprechen.

Montag:

Zu Beginn der Sitzung wird die Kommission u. a. Erklärungen zur "Bewertung der Folgen der bei den **DO-HA-Verhandlungen** Ende Juli 2008 erzielten Kompromisse zum **Marktzugang für Industrieerzeugnisse und Dienstleistungen**" sowie zur **Produktion und Beschäftigung im Textilsektor in der EU** abgeben.

Daran anschließend findet eine Debatte zur **Energiepolitik** statt. Infolge der jüngsten Gaskrise fordert der Industrieausschuss weitreichende Konsequenzen in der europäischen Energiepolitik - so z. B. **verpflichtende nationale und europäische Notfallpläne bei Versorgungsengenpässen**, den **Aufbau eines gemeinsamen europäischen Strom- und Gasnetzes** sowie **neue Klimaschutzziele** für 2050, einschließlich eines Anteils von 60 % erneuerbarer Energien.

Ebenfalls am Montag stehen die folgenden Themen auf der Agenda:

Der Entwicklungsausschuss fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Zusagen einzuhalten und die **öffentliche Entwicklungshilfe** trotz der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise **aufzustocken**. Die Entwicklungshilfe solle in erster Linie dazu dienen, die Anstrengungen zur **Erreichung der Millenniums-Ziele** in jenen Ländern des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raums (AKP) zu verdoppeln, die am härtesten von den Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Nahrungsmittelkrise getroffen werden. (Bericht Schröder)

Der Umweltausschuss zeigt sich äußerst besorgt in einem Bericht "zu Wildnis in Europa". Das Ziel, dem **Verlust der biologischen Vielfalt bis 2010** Einhalt zu gebieten, werde nicht erreicht. Die negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieses Verlusts und des Rückgangs der Ökosystemleistungen seien bereits spürbar. Die Abgeordneten verlangen u. a. eine **EU-Strategie für den Schutz der Wildnis**, die **Ausweisung von Wildnisgebieten**, sowie die **Bereitstellung besonderer Fördermittel**.

Die zivile, **private Luftfahrt sowie die Geschäftsreiseluftfahrt wachsen rasant**. Der Verkehrsausschuss hat daher einen Bericht für "eine Agenda für eine nachhaltige Zukunft der allgemeinen Luftfahrt und der Geschäftsreiseluftfahrt" vorgelegt, der nun dem EP zur Abstimmung vorliegt.

Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter plädiert für die **Beseitigung der geschlechtsbedingten Diskriminierung** und die **Solidarität zwischen den Generationen**. Die Kluft zwischen Frauen und Männern bestehe in vielen Bereichen fort, so etwa bei der **Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben**. Nur 62,4 Prozent der Frauen mit betreuungsbedürftigen Kindern befänden sich in einem Beschäftigungsverhältnis - im Vergleich zu 91,4 Prozent der Männer.

Seit 2005 besuchten Mitglieder des EP-Innenausschusses regelmäßig **Flüchtlingszentren in der EU**. Der **Zustand mancher Gewahrsamseinrichtungen** sowie die dort herrschende mangelnde Hygiene seien "**katastrophal**", resümieren die Abgeordneten. Sie fordern ein "**ständiges Besuchs- und Inspektionssystem**". Vor allem Minderjährige und unbegleitete Kinder müssten besser geschützt werden. Auch ein besserer **Zugang zu medizinischer Versorgung** müsse garantiert werden.

Dienstag:

Am Dienstagmorgen wird sich das EP mit dem Kampf gegen **sexuelle Ausbeutung von Minderjährigen** und **Kinderpornographie** befassen. Das Recht der EU-Mitgliedstaaten sehe zwar Sanktionen und ein relativ hohes Niveau des Schutzes vor Missbrauch und sexueller Ausbeutung von Kindern und Kinderpornographie vor, dennoch sollte der Rahmenbeschluss von 2004 aktualisiert werden, um das **Schutzniveau zu heben**, meint der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres.

Das EP wird am 3. Februar über die Richtlinie "**Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen**" debattieren. Die Richtlinie ist Teil der Bemühungen der EU um eine umfassende Migrationspolitik. Ziel ist es, die Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen, die sich illegal in der EU aufhalten, zu bekämpfen und so die Wirkung dieses "Pull-Faktors" zu vermindern. Schätzungen zufolge leben **zwischen 5 und 8 Millionen Drittstaatsangehörige illegal in der EU**.

Um 15 Uhr findet die Debatte zur **Rückführung und Neuansiedlung von Guantánamo-Häftlingen** sowie zur **Behaupteten Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen** statt. Die tschechische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission werden Erklärungen abgeben.

Mittwoch:

Ab 9 Uhr debattiert das EP den **Abschlussbericht des Nichtständigen Ausschusses zum Klimawandel**. Dieser enthält zahlreiche Empfehlungen für eine künftige integrierte EU-Klimaschutzpolitik. Die Abgeordneten sind **zutiefst besorgt** darüber, dass der **Klimawandel schneller verläuft** und mit **schwerwiegenden negativen Auswirkungen** einhergeht als ursprünglich angenommen. Die plädieren dafür, die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 25 %-40 % bis zum Jahr 2020 und um mindestens 80 % bis zum Jahr 2050 zu reduzieren.

Um 12 Uhr wird der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, **Mahmud Abbas**, im Rahmen einer feierlichen Sitzung zu den Abgeordneten sprechen.

Um 15 Uhr debattieren die Abgeordneten die Situation im **Kosovo**. Zuvor werden die tschechische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission Erklärungen abgeben.

Nächster Punkt der Tagesordnung sind die **"Auswirkungen der Finanzkrise auf die Automobilindustrie"**.

Daran anschließend geht es um den **"konsularischen Schutz von EU-Bürgern in Drittländern"**. Auch hierzu werden die tschechische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission Erklärungen abgeben.

Donnerstag:

Das EP wird über die neue Verordnung "über das Inverkehrbringen und die Verwendung von Futtermitteln" debattieren, mit der eine grundlegende **Neufassung des europäischen Futtermittelrechts** angestrebt wird.

Abstimmen wird das EP am Donnerstag u. a. über Berichte zu den **"Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit China"** sowie zur **"Stärkung der Rolle europäischer KMU im internationalen Handel"**.

Inhaltsverzeichnis

Vorschau - Plenartagung vom 2.-5. Februar 2009.....	1
Schwerpunkte.....	3
Inhaltsverzeichnis.....	5
Umwelt.....	7
Abschlussbericht des Ausschusses zum Klimawandel.....	7
Umweltausschuss fordert EU-Strategie für den Schutz der Wildnis	8
Erklärung zu den Auswirkungen des Sturms "Klaus".....	9
Justiz und Inneres.....	10
Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und Kinderpornographie	10
CIA-Flüge in Europa	11
Konsularischer Schutz von EU-Bürgern in Drittländern.....	11
Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Schutz traditioneller nationaler, ethnischer und Einwandererminderheiten in Europa.....	11
Außenbeziehungen.....	13
Rückführung und Neuansiedlung von Guantánamo-Häftlingen.....	13
Feierliche Sitzung mit Mahmud Abbas.....	13
Erklärungen Kosovo	13
Asylpolitik.....	14
Abgeordnete nehmen Situation in Flüchtlingszentren unter die Lupe	14
Erklärungen des Rates und der Kommission.....	15
Einwanderung.....	16
Sanktionen gegen Personen, die illegale Einwanderer beschäftigen.....	16
Wirtschaft und Währung.....	18
Erklärungen des Rates und der Kommission zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Automobilindustrie	18
Energie.....	19
Die Lehren aus der Gaskrise: Entwurf für eine zukünftige Energiepolitik.....	19
Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Verbesserung der Energieeffizienz durch Informations- und Kommunikationstechnologien.....	20
Außenhandel/internationaler Handel.....	22
Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit China	22
Kleine und mittlere Unternehmen stärken	23
Erklärung der Kommission zur Bewertung der Folgen der bei den DOHA-Verhandlungen Ende Juli 2008 erzielten Kompromisse zum Marktzugang für Industrieerzeugnisse und Dienstleistungen.....	24
Entwicklung und Zusammenarbeit.....	25
Entwicklungshilfe wie zugesagt aufstocken.....	25
Rechte der Frau/Chancengleichheit.....	27
Beseitigung von Diskriminierung.....	27
Landwirtschaft.....	28
Inverkehrbringen und Verwendung von Futtermitteln.....	28
Verkehr.....	29
Zukunft der allgemeinen Luffahrt und der Geschäftsreiseluffahrt.....	29

Plenartagung

Entwurf der Tagesordnung für die Tagung.....	30
Codes der parlamentarischen Verfahren.....	33
Abkürzungen.....	33
Fraktionen.....	33
Fraktionen im Europäischen Parlament.....	34

Umwelt

Abschlussbericht des Ausschusses zum Klimawandel

Der Nichtständige Ausschuss zum Klimawandel hat einen umfassenden Bericht mit Empfehlungen für eine künftige integrierte EU-Klimaschutzpolitik vorgelegt. Die Abgeordneten sind zutiefst besorgt darüber, dass der Klimawandel schneller verläuft und mit schwerwiegenderen negativen Auswirkungen einhergeht als ursprünglich angenommen. Sie plädieren dafür, die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 25 % bis 40 % bis zum Jahr 2020 und um mindestens 80% bis zum Jahr 2050 zu reduzieren.

Nach der Abstimmung im Ausschuss sagte EP-Berichtersteller Karl-Heinz **FLORENZ** (CDU): "Wir haben ehrgeizige und notwendige Ziele formuliert. Bis zur Abstimmung im Plenum muss noch geschliffen und geschliffen werden. Dass wir aber möglichst umfassend und intelligent an der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes arbeiten müssen, steht außer Frage". Florenz sprach weiter davon, dass der Abschlussbericht des Klimaausschusses „2050: Die Zukunft beginnt heute“ die "Visitenkarte" des Europäischen Parlaments für die kommende Klimakonferenz sei.

Klimawandel verläuft schneller als ursprünglich angenommen

Die Abgeordneten sind zutiefst besorgt darüber, dass zahlreichen wissenschaftlichen Berichten zufolge der Klimawandel schneller verläuft und mit schwerwiegenderen negativen Auswirkungen einhergeht, als ursprünglich angenommen. Es müsse daher analysiert werden, ob der Zielwert der EU von 2°C Erwärmungsniveau nach wie vor ausreiche, um das Ziel der Abwendung gefährlicher Klimaänderungen zu erfüllen. Der Ausschuss zum Klimawandel spricht sich dafür aus, die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 25 % bis 40 % bis zum Jahr 2020 und um mindestens 80 % bis 2050 zu reduzieren.

Vor der Komplexität des Problems nicht kapitulieren

Vor der Komplexität des Problems Klimawandel dürfe nicht kapituliert werden, mahnen die Abgeordneten. Vielmehr müsse man mit "visionärem Gestaltungswillen" auf die Herausforderungen reagieren, die die energie- und klimapolitische Zeitenwende – ausgedrückt in einer Verknappung der Rohstoffe – dem Menschen stelle. Der Klimawandel müsse als "neuer Parameter" in alle Bereiche und Politikfelder integriert und die Ursachen und Folgen der globalen Erwärmung müssten in allen maßgeblichen Bereichen der EU-Gesetzgebung berücksichtigt werden.

Klar ist für die Abgeordneten, dass der Klimawandel nur erfolgreich bekämpft werden kann, wenn die Bürger durchgängig an diesem Prozess beteiligt und während des Übergangszeitraums zu einer in Bezug auf CO₂-Emissionen neutralen Wirtschaft geschützt werden.

Vorgeschlagene Maßnahmen

Der Abschlussbericht formuliert eine Vielzahl an Maßnahmen, die in den folgenden Bereichen zu ergreifen sind: Energie, Biokraftstoffe, Energieeffizienz, Mobilität, Tourismus, Emissionshandel und Industrieemissionen, Landwirtschaft und Viehzucht, Wälder, Bodenschutz, Wasserbewirtschaftung, Fischerei, Abfallbehandlung und Ressourcenmanagement, Anpassungsmaßnahmen, Gesundheit, Wachstum und Beschäftigung, Förderung von Zukunftstechnologien, Intelligente Computersysteme sowie Bildung, Ausbildung, Berichterstattung, Kennzeichnung und Bewusstseinsbildung.

Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen zählen u. a.:

- Verbindliches 20%-Ziel für die Energieeffizienz bis 2020 sowie konkrete Zwischenziele für die Redu-

zierung

- Als Baustein einer EU-Energieaußenpolitik Solarenergiepartnerschaften mit Drittstaaten im Mittelmeerraum aufbauen
- Langfristziel der Bauwirtschaft: Netto-Energiebilanz von Null bei neuen Wohngebäuden bis 2015 und bei neuen gewerblichen und öffentlichen Gebäuden bis 2020
- Gründung einer europäischen Gemeinschaft für Energie aus erneuerbaren Quellen
- Konzept einer Quote für Biokraftstoffe überdenken und flexible Strategien entwickeln, die der Komplexität der Biokraftstoffherstellung gerecht werden
- Erforschung und Entwicklung bahnbrechender umweltfreundlicher Verkehrstechnologien wie Wasserstoff- und Elektromotoren, Brennstoffzellen, Hybridantrieb oder fortschrittliche Biokraftstoffe
- Ausarbeitung verbindlicher Reduktionsziele für den Ausstoß von Treibhausgasen in der Landwirtschaft, einschließlich Methan und Lachgas, "ergebnisoffen prüfen"
- Einrichtung eines europäischen Klimafonds und/oder entsprechender Fonds in den Mitgliedstaaten, um einen Kapitalstock zur Finanzierung einer zukünftigen Klimapolitik zu schaffen
- Finanzierung und Einführung eines EU-weiten Supernetzes, zu dem Stromanbieter aller Art Zugang haben
- Entwicklung neuer Kommunikationsstrategien, um die Bürger aufzuklären und Anreize zu bieten, ihre Emissionen auf erschwingliche Weise zu verringern, z. B. durch Formulierung von Informationen über die CO₂-Relevanz von Erzeugnissen und Dienstleistungen
- Förderung einer Lebensweise und einer Art des Konsums, die auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sind

Klimawandel muss finanzielle Priorität haben

Der Ausschuss betont, dass dem Klimawandel und den Maßnahmen zu seiner Eindämmung in der nächsten Finanziellen Vorausschau der EU höchste Priorität eingeräumt werden müsse. Die EU müsse sich "finanzpolitisch engagieren", sowohl in den Kernbereichen Förderung und Entwicklung von Technologien zur Bekämpfung des Klimawandels und Klimaentwicklungshilfe als auch bei der Unterstützung von grenzüberschreitenden Anpassungsmaßnahmen, Effizienzsteigerungen und der Hilfe im Katastrophenfall.

Darüber hinaus müssten die Erfordernisse von Emissionsreduktionen und Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels in Entwicklungshilfeprogramme integriert werden. Nötig seien auch "zusätzliche Mittel", um die Entwicklungsländer bei der Bewältigung der mit dem Klimawandel verbundenen Herausforderungen zu unterstützen.

Der Ausschuss begrüßt in diesem Zusammenhang, dass die EU die Gründung einer Globalen Allianz gegen den Klimawandel (GCCA) veranlasst hat, die Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels in denjenigen Entwicklungsländern unterstützen soll, die durch den Klimawandel am stärksten gefährdet sind.

Unterschiedliche Haltungen zur Kernenergie

Mit Blick auf die Kernenergie nehmen die Abgeordneten zur Kenntnis, dass die "Haltungen der Mitgliedstaaten zur Kernenergie unterschiedlich sind". Sie fordern die EU-Kommission deshalb dringend auf, radioaktiven Abfällen und dem gesamten Brennstoffzyklus besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um die Sicherheit zu verbessern.

Berichtersteller: Karl-Heinz FLORENZ (CDU)

Bericht: (A6-0495/2008) - 2050: Die Zukunft beginnt heute — Empfehlungen für die künftige integrierte Klimaschutzpolitik der EU

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache und Abstimmung: Mittwoch, 4.2.2009

Umweltausschuss fordert EU-Strategie für den Schutz der Wildnis

Der Umweltausschuss zeigt sich über den Zustand der biologischen Vielfalt in einem Bericht "zu Wildnis in Europa" äußerst besorgt. Das Ziel, dem Verlust der biologischen Vielfalt bis 2010 Einhalt zu gebieten, werde nicht erreicht. Die negativen Folgen dieses Verlusts und des Rückgangs der Ökosystemleistungen seien bereits spürbar. Die Abgeordneten verlangen u. a. eine EU-Strategie für den Schutz der Wildnis, die Ausweisung von Wildnisgebieten sowie die Bereitstellung besonderer Fördermittel.

In dem von Gyula **HEGYI** (SPE, Ungarn) ausgearbeiteten Bericht kritisieren die Abgeordneten, dass die Ziele der Politik der EU zum Schutz der biologischen Vielfalt sowie die Ziele der Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie bisher in keiner Weise angemessen in Politikbereiche wie zum Beispiel Landwirtschaft, regionale Entwicklung, Energie oder Verkehr einbezogen worden sind. Das Ziel, dem Verlust der biologischen Vielfalt bis 2010 Einhalt zu gebieten, werde nicht erreicht werden und die negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Verlusts an biologischer Vielfalt und des Rückgangs der Ökosystemleistungen seien bereits spürbar.

EU-Strategie, Ausweisung von Wildnisgebieten, Fördermittel

Die EU-Kommission wird aufgefordert, eine mit der Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie in Einklang stehende "EU-Strategie für den Schutz der Wildnis" zu entwickeln, in der ein Ökosystem-Ansatz verfolgt, bedrohte Arten und Biotope bestimmt und Prioritäten festgelegt werden. Zudem sei es notwendig, Wildnisgebiete auszuweisen und besondere Fördermittel bereitzustellen, um die Zerschneidung von Lebensräumen zu verhindern, Wildnisentwicklungsgebiete sorgfältig zu verwalten, Ausgleichsmechanismen und -programme auszuarbeiten und die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Die Kommission und die Mitgliedstaaten müssten den wirkungsvollen Schutz von Wildnisgebieten "besonders wichtig" nehmen.

Tourismus "mit extremer Vorsicht" handhaben

Der durch Tourismus entstandene Schaden sei "ausführlich dokumentiert", argumentieren die Abgeordneten. Es müsse daher dafür gesorgt werden, dass der Tourismus, auch wenn er darauf abzielt, Touristen die Lebensräume und wildlebenden Tiere in Wildnisgebieten nahe zu bringen, "mit extremer Vorsicht" gehandhabt wird. Es sollten Konzepte in Betracht gezogen werden, in deren Rahmen Wildnisgebiete der Allgemeinheit größtenteils nicht zugänglich sind (mit Ausnahme genehmigter wissenschaftlicher Forschung), jedoch begrenzte Gebiete für den hochwertigen und nachhaltigen Tourismus zum authentischen Erleben der Wildnis, der den lokalen Gebietskörperschaften wirtschaftlich zugute kommt, offen stehen.

Berichterstatterin: Gyula HEGYI (SPE, Ungarn)

Bericht: (A6-0478/2008) - Unberührte Naturlandschaften in Europa

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache: Montag, 2.2.2009

Abstimmung: Dienstag, 3.2.2009

Erklärung zu den Auswirkungen des Sturms "Klaus"

Die EU-Kommission wird eine Erklärung zu den Auswirkungen des Sturms "Klaus" abgeben.

Die Europäische Kommission wird am Mittwoch eine Erklärung zu den Auswirkungen des Sturms "Klaus" in Südeuropa abgeben.

Mittwoch, 4.2.2009

Justiz und Inneres

Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und Kinderpornographie

Die sexuelle Ausbeutung von Minderjährigen und Kinderpornographie sind schwerwiegende Verletzungen der Menschenrechte. Das Recht der EU-Mitgliedstaaten sehe zwar Sanktionen und ein relativ hohes Niveau des Schutzes vor Missbrauch und sexueller Ausbeutung von Kindern und Kinderpornographie vor, dennoch sollte der Rahmenbeschluss von 2004 aktualisiert werden, um das Schutzniveau zu heben, meint der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres.

"Vor allem angesichts der ständigen Weiterentwicklung der neuen Technologien, insbesondere des Internets, ist eine Überarbeitung notwendig", so Berichterstatterin Roberta **ANGELILLI** aus Italien (Europa der Nationen - UEN). Ein immer größerer Teil des gesellschaftlichen Lebens von Kindern und Jugendlichen spiele sich online ab und Kinder würden immer mehr neue Technologien und Kommunikationsmittel nutzen. Das Internet würde daher zunehmend von potenziellen und wirklichen Sexualstraftätern zur Vorbereitung des sexuellen Missbrauchs von Kindern genutzt.

Grooming: Annäherungsversuche via Internet als Straftat einstufen

Es hätten sich neue Formen der Annäherungsversuche an Minderjährige über das Internet zu sexuellen Zwecken entwickelt (das so genannte Grooming). Im Rahmen der Revision des Rahmenbeschlusses müssten auch diese Annäherungsversuche als Straftat eingestuft werden. Die strafrechtliche Verfolgung der Anbieter pädophiler Chat-Räume oder pädophiler Internetforen müsse zudem verstärkt und die Definition von "Grooming" überarbeitet werden.

Verbesserte Zusammenarbeit

Die Mitgliedstaaten sollen dazu verpflichtet werden, die in den Strafregistern enthaltenen Informationen über Sexualstraftaten auszutauschen. So soll auch die Möglichkeit ausgeschlossen werden, dass Sexualstraftäter in einem anderen Mitgliedstaat berufliche Tätigkeiten, die Kontakte zu Minderjährigen beinhalten, ausüben können.

Alarmsystem für vermisste Kinder

Gemeinsam mit der Kommission soll ein Aktionsprogramm ausgearbeitet werden, um Kinder, die in pornographischen Bildern als sexuell missbraucht identifiziert wurden, angemessen zu schützen und zu unterstützen. Auch ein Alarmsystem für vermisste Kinder auf europäischer Ebene solle eingerichtet werden.

Sextourismus strafrechtlich verfolgen

Sextourismus, der mit Kindesmissbrauch einhergeht, müsse in allen Mitgliedstaaten als Verbrechen gewertet werden. Alle EU-Bürger, die in einem Mitgliedstaat oder einem Drittstaat eine Sexualstraftat mit Kindesmissbrauch begehen, sollen durch eine einheitliche extraterritoriale strafrechtliche Vorschrift in der gesamten EU strafrechtlich verfolgt werden.

Meldepflicht und verbesserte Schulung

Personen, die beruflich regelmäßig mit Kindern zu tun haben, sollen dazu verpflichtet werden, zu melden, wenn sie ernsthaft Grund zu der Annahme haben, dass ein Fall von Missbrauch vorliegt. Auch soll dieser Personenkreis sowie anderes Personal, das möglicherweise Kontakt mit missbrauchten Kindern hat, besser geschult werden, um missbrauchte Kinder identifizieren zu können.

Berichterstatterin: Roberta ANGELILLI (Europa der Nationen - UEN)

Bericht: (A6-0012/2009) - Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache und Abstimmung: Dienstag, 3.2.2009

CIA-Flüge in Europa

Die tschechische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission werden Erklärungen zur "Behaupteten Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen" abgeben.

Die Debatte findet am Dienstagnachmittag im Anschluss an die Aussprache zur Rückführung und Neuansiedlung von Guantánamo-Häftlingen statt.

Am 14. Februar 2007 nahm das EP einen Bericht zu CIA-Flügen in Europa an, in dem es Kritik an Ministerrat und Mitgliedstaaten übte. Zwischen 2001 und 2005 hätten mindestens 1.245 Flüge der CIA in Europa stattgefunden, so das Fazit des EP. Die europäischen Länder hätten "ein Auge zugedrückt oder Flüge der CIA zugelassen". In einigen Fällen hätten sich möglicherweise geheime Haftanstalten auf US-Militärstützpunkten in der EU befunden. Der Ministerrat müsse nötigenfalls mit Anhörungen und unverzüglich mit einer unabhängigen Untersuchung beginnen. 382 Abgeordnete stimmten für den Bericht, 256 dagegen, 74 enthielten sich.

In dem Abschlussbericht des "Nichtständigen Ausschusses zur behaupteten Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen" heißt es, es erscheine "unwahrscheinlich", dass einige europäische Regierungen von den Tätigkeiten im Zusammenhang mit den außerordentlichen Überstellungen, die auf ihrem Hoheitsgebiet stattfanden, keine Kenntnis gehabt haben. "Vertrauliche Quellen" bestätigten im Gegenteil, dass die Mitgliedstaaten Kenntnis von außerordentlichen Überstellungen hatten; jedoch hätten alle offiziellen Gesprächspartner des nichtständigen Ausschusses "diesbezüglich falsche Angaben gemacht".

Dienstag, 3.2.2009

Konsularischer Schutz von EU-Bürgern in Drittländern

zum "Konsularischen Schutz von EU-Bürgern in Drittländern" abgeben.

Die Debatte findet am Mittwochnachmittag nach den Debatten zu Kosovo und den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Automobilindustrie statt.

Mittwoch, 4.2.2009

Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Schutz traditioneller nationaler, ethnischer und Einwandererminderheiten in Europa

Die Kommission wird Stellung nehmen zu einer Anfrage zur mündlichen Beantwortung zum Thema "Schutz traditioneller nationaler, ethnischer und Einwandererminderheiten in Europa".

Nachfolgend finden Sie den Text der Anfrage im Wortlaut:

"Betrifft: Schutz traditioneller nationaler, ethnischer und Einwandererminderheiten in Europa

Der Schutz der traditionellen nationalen und ethnischen Minderheiten, die Frage der interethnischen Beziehungen und die Integration von Einwandererminderheiten stellen für die Europäische Union mit Blick auf ihre Stabilität, Sicherheit, ihren Wohlstand, gute nachbarliche Beziehungen, die interne und externe Legitimität und Glaubwürdigkeit extrem wichtige Herausforderungen dar.

Gelten die Kopenhagener Kriterien betreffend die Achtung der Rechte von Minderheiten nur für die neuen Mitgliedstaaten und die Bewerberländer, oder stellen sie auch für alle Mitgliedstaaten eine Verpflichtung dar?

Wann und inwieweit ist eine Verletzung von Minderheitenrechten eine innere Angelegenheit eines Mitgliedstaats?

Welche Forderungen nationaler Minderheiten gelten mit Blick auf die politischen Normen der Europäischen Union als berechtigt?

Sollte die EU ein rechtsverbindliches System von Normen zum Schutz traditioneller nationaler Minderheiten und Kontrollmechanismen auf der Grundlage des Lissabon-Vertrags ausarbeiten?

Plant die Kommission, ein gemeinsames System von Normen betreffend die Integration der neuen Einwandererminderheiten im Rahmen der in der Ausarbeitung befindlichen gemeinsamen Einwanderungspolitik der EU zu schaffen?

Teilt die Kommission die Auffassung, dass alle Mitgliedstaaten der EU das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta für Regional- oder Minderheitensprachen ratifizieren sollen?

Fallen nach Auffassung der Kommission auch Regional- oder Minderheitensprachen unter die Mehrsprachigkeit?

Teilt die Kommission die Auffassung, dass die verschiedenen Formen von Autonomie/Selbstverwaltung auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips die beste Lösung für den Schutz von Minderheitengruppen darstellen?

Stimmt die Kommission mit uns überein, dass die Überwachung des für Minderheiten geltenden Schutzniveaus in den Mitgliedstaaten und Bewerberländern eine Priorität in der Tätigkeit der Agentur für Grundrechte darstellen sollte?"

Dienstag, 3.2.2009

Außenbeziehungen

Rückführung und Neuansiedlung von Guantánamo-Häftlingen

Die tschechische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission werden Erklärungen zur Rückführung und Neuansiedlung von Guantánamo-Häftlingen" abgeben. Das EP wird zu dem Thema eine Resolution verabschieden.

Die Debatte findet am Dienstag, 3. Februar, um 15 Uhr statt.

Dienstag, 3.2.2009

Feierliche Sitzung mit Mahmud Abbas

Am Mittwoch, den 4. Februar, wird der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, zu den Abgeordneten sprechen.

Am Mittwoch, den 4. Februar, wird um 12 Uhr der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, im Rahmen einer feierlichen Sitzung zu den Abgeordneten sprechen.

Mittwoch, 4.2.2009

Erklärungen Kosovo

Die tschechische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission werden Erklärungen zu Kosovo abgeben.

Die Debatte findet am Mittwoch um 15 Uhr statt.

Mittwoch, 4.2.2009

Asylpolitik

Abgeordnete nehmen Situation in Flüchtlingszentren unter die Lupe

Seit 2005 besuchten Mitglieder des EP-Innenausschusses regelmäßig Flüchtlingszentren in der EU. Der Zustand mancher Gewahrsamseinrichtungen sowie die dort herrschende mangelnde Hygiene seien "katastrophal", resümieren die Abgeordneten. Sie fordern ein "ständiges Besuchs- und Inspektionssystem". Vor allem Minderjährige und unbegleitete Kinder müssten besser geschützt werden. Auch ein besserer Zugang zu medizinischer Versorgung müsse garantiert werden.

Zwischen 2005 und 2008 besuchten die Abgeordnete Flüchtlingszentren in Italien (Lampedusa), Spanien (Ceuta und Melilla, Kanarische Inseln), Malta, Griechenland, Belgien, Polen und Zypern. In dem von Martine **ROURE** (SPE, Frankreich) ausgearbeiteten Bericht nehmen sie nun Stellung zur Situation in den Flüchtlingszentren sowie der Umsetzung der sog. "Aufnahme-Richtlinie", die Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten festlegt.

Zahlreiche Defizite

Die Abgeordneten bedauern, dass die geltenden Richtlinien, etwa die Aufnahmerichtlinie und die Verfahrensrichtlinie, von einigen Mitgliedstaaten bisher nur schlecht oder gar nicht angewandt worden seien. Es bestünden "zahlreiche Defizite" im Hinblick auf die für die Aufnahmebedingungen geltenden Normen. Dies sei insbesondere auf den großen Ermessensspielraum zurückzuführen, den die einzelnen Mitgliedstaaten bei der Festlegung der Aufnahmebedingungen hätten. Der Ausschuss begrüßt daher den Vorschlag der EU-Kommission für eine Neufassung der Richtlinie, deren Ziel es ist, bessere Standards für den Umgang mit Asylbewerbern zu gewährleisten, um diesen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und für eine größere Einheitlichkeit der einzelstaatlichen Bestimmungen über die Aufnahmebedingungen zu sorgen.

Zustand mancherorts "katastrophal"

Der Zustand mancher Gewahrsamseinrichtungen sowie die dort herrschende mangelnde Hygiene seien "katastrophal", so der Ausschuss. Alle Einrichtungen, die nicht den Normen entsprechen, müssten so schnell wie möglich geschlossen werden.

Die Abgeordneten sprechen sich für ein "ständiges Besuchs- und Inspektionssystem" aus. Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres müsse seine Reisen fortsetzen, um für die Einhaltung des Gemeinschaftsrechts im Bereich der Aufnahmebedingungen und der Rückkehrverfahren zu sorgen.

Unbegleitete Kinder besonders schützen

Besonderes Augenmerk legt der Bericht auf die Situation Minderjähriger und unbegleiteter Kinder. Bei jeder Entscheidung oder Maßnahme, die Minderjährige betrifft, müsse das Wohl des Kindes im Mittelpunkt stehen. Die Ingewahrsamnahme Minderjähriger müsse grundsätzlich verboten werden und dürfe nur ausnahmsweise erfolgen, wenn sie im Interesse des Kindes liege.

Zudem betonen die Abgeordneten, dass alle Minderjährigen ein Recht auf Bildung hätten, das von den Mitgliedstaaten gewährt werden müsse. Zur bestmöglichen Integration der Kinder und ihrer Familien müsse der Zugang zu Bildung direkt in der Gemeinschaft sichergestellt werden und dem Wissensstand der Kinder entsprechen; gleichzeitig müssten Übergangsmodelle entwickelt werden, die den Erwerb der für eine normale Schulbildung erforderlichen Sprachkompetenzen ermöglichen.

Für alle unbegleiteten Minderjährigen müsse schließlich ein unabhängiger gesetzlicher Vormund benannt werden, der ihren Schutz in Wartezonen wie Flughäfen, Bahnhöfen und im gesamten Gebiet der Mitgliedstaaten sicherstelle.

Besseren Zugang zu medizinischer Versorgung garantieren

In der Mehrzahl der besuchten Gewahrsamseinrichtungen würden sich Asylbewerber und Migranten über die "unzureichende oder ungeeignete" medizinische Versorgung, Schwierigkeiten im Hinblick auf Arztbesuche oder die Kontaktaufnahme mit Ärzten sowie einen Mangel an besonderer Behandlung (insbesondere für schwangere Frauen und Folteropfer) und geeigneter Medikamente beklagen, so der Ausschuss.

Die Mitgliedstaaten werden daher aufgefordert, den gegenwärtigen Zugang zur medizinischen Versorgung auf Asylbewerber und Migranten zu erweitern, so dass dieser nicht auf die medizinische Notversorgung beschränkt bleibt und auch die psychologische Beratung und Betreuung sowie die psychische Gesundheitsversorgung einschließt. Das Recht auf Gesundheit und Gesundheitsversorgung zähle zu den individuellen Grundrechten, betonen die Abgeordneten.

Über Rechte informieren und Rechtsberatung garantieren

Schließlich kritisiert der Ausschuss, dass die von einigen Mitgliedstaaten bereitgestellten offenen Unterbringungszentren einen "Mangel an Kapazitäten" aufweisen und den Anforderungen der Migranten nicht zu entsprechen scheinen.

Zudem scheine der Zugang zu kostenloser Rechtsberatung "begrenzter Natur" zu sein und sich in manchen Fällen auf eine Namensliste von Rechtsanwälten zu beschränken, was zur Folge habe, dass Personen, die nicht über die erforderlichen finanziellen Mittel verfügen, keine Unterstützung erhielten.

Asylbewerbern müssten Broschüren in den internationalen Hauptverkehrssprachen und den Sprachen, die von einer erheblichen Zahl der Asylbewerber und Migranten in dem betreffenden Mitgliedstaat gesprochen werden, mit Informationen über alle ihre Rechte zur Verfügung gestellt werden.

In Fällen, in denen Asylbewerber die damit verbundenen Kosten nicht selbst tragen können, müssten die Mitgliedstaaten unentgeltliche Rechtsberatung und/oder -vertretung gewährleisten.

Berichterstatterin: Martine ROURE (SPE, Frankreich)

Bericht: (A6- /2009) - Anwendung der Richtlinie 2003/9/EG zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten in der EU: Reisen des LIBE-Ausschusses von 2005 bis 2008

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache: Montag, 2.2.2009

Abstimmung: Mittwoch, 3.2.2009

Erklärungen des Rates und der Kommission

Rat und Kommission werden Erklärungen zur Situation in Flüchtlingszentren, insbesondere auf Mayotte und Lampedusa, abgeben.

Die tschechische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission werden Erklärungen zur Situation in Flüchtlingszentren, insbesondere auf den Inseln Mayotte und Lampedusa, abgeben. Die Debatte findet im Anschluss an die Aussprachen zu Guantánamo-Häftlingen und CIA-Flügen statt.

Dienstag, 3.2.2009

Einwanderung

Sanktionen gegen Personen, die illegale Einwanderer beschäftigen

Das EP wird am 4. Februar über die Richtlinie "über Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen" abstimmen. Die Richtlinie ist Teil der Bemühungen der EU um eine umfassende Migrationspolitik. Ziel ist es, die Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen, die sich illegal in der EU aufhalten, zu bekämpfen und so die Wirkung dieses "Pull-Faktors" zu vermindern. Schätzungen zufolge leben zwischen 5 und 8 Millionen Drittstaatsangehörige illegal in der EU.

Im Vorfeld konnten sich Vertreter des Parlaments unter Federführung von Berichterstatter Claudio **FAVA** (SPE, Italien) und der tschechischen Ratspräsidentschaft auf einen Kompromiss verständigen, so dass die Richtlinie vom EP in Erster Lesung verabschiedet werden kann. Bei Redaktionsschluss lag der Kompromiss nicht auf Deutsch vor. Wir werden daher Anfang kommender Woche eine ausführliche Darstellung der Richtlinie nachreichen.

Die illegale Einwanderung in die EU wird nach Ansicht der EU-Kommission u. a. dadurch begünstigt, dass Aussichten auf Beschäftigung bestehen. Schätzungen zufolge halten sich zwischen 4,5 und 8 Millionen Drittstaatsangehörige illegal in der EU auf. Besonders betroffen sind die Wirtschaftszweige Baugewerbe, Landwirtschaft, Reinigungsdienste sowie das Hotel- und Gaststättengewerbe.

Ausgehend von den bereits in den Mitgliedstaaten getroffenen Maßnahmen soll dafür gesorgt werden, dass alle Mitgliedstaaten für Personen, die Drittstaatsangehörige, die sich illegal in der EU aufhalten, beschäftigen, vergleichbare Sanktionen vorsehen und diese wirksam anwenden.

Der Richtlinienvorschlag der Kommission

Der Vorschlag enthält ein generelles Verbot der Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen, die sich illegal in der EU aufhalten. Rechtsverletzungen sollen mit Sanktionen (gegebenenfalls verwaltungsrechtlicher Art) geahndet werden, bei denen es sich um Geldbußen und, im Fall von Unternehmen, weitere Maßnahmen wie den Ausschluss von öffentlichen Zuwendungen und die Rückzahlung gewährter Zuwendungen handelt. Für schwere Fälle sind strafrechtliche Sanktionen vorgesehen.

Um die Wirkung des Verbots zu gewährleisten, sollen die Arbeitgeber verpflichtet werden, vor der Einstellung eines Drittstaatsangehörigen bestimmte Kontrollen durchzuführen. Zudem sollen die Beschwerdeverfahren erleichtert und die Mitgliedstaaten zur Durchführung einer bestimmten Anzahl von Inspektionen verpflichtet werden. Die vorgeschlagene Richtlinie sieht für Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt strengere Sanktionen und Vollstreckungspflichten vor als in den geltenden Gemeinschaftsinstrumenten, insbesondere im Bereich der Dienstleistungserbringung durch EU-Bürger und aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige, festgeschrieben sind.

Einerseits, so die Kommission, verursache illegale Beschäftigung, als einer der Pull-Faktoren für illegale Einwanderung, den öffentlichen Haushalten Verluste, könne Druck auf die Löhne ausüben, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bewirken und den Wettbewerb zwischen Unternehmen verzerren; darüber hinaus hätten illegal Beschäftigte kein Anrecht auf Leistungen aus der Kranken- und Altersversicherung, da sie keine Beiträge entrichten.

Andererseits befänden sich illegal beschäftigte Drittstaatsangehörige in einer besonders unsichereren Lage, denn normalerweise müssen sie, wenn sie aufgegriffen werden, das Land verlassen. Der Vorschlag der

Plenartagung

EU-Kommission ist ein einwanderungspolitischer, kein beschäftigungs- oder sozialpolitischer. Deshalb schlägt die Kommission vor, nicht den illegal beschäftigten Drittstaatsangehörigen, sondern den diesen beschäftigenden Arbeitgeber zu strafen.

Berichterstatter: Claudio FAVA (SPE, Italien)

Bericht: (A6- /2009) - Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen

Verfahren: Mitentscheidung, 1. Lesung

Aussprache und Abstimmung: Dienstag, 3.2.2009

Wirtschaft und Währung

Erklärungen des Rates und der Kommission zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Automobilindustrie

Rat und Kommission werden Erklärungen zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Automobilindustrie abgeben.

Am Mittwochnachmittag werden die tschechische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission Erklärungen zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Automobilindustrie abgeben.

Mittwoch, 4.2.2009

Energie

Die Lehren aus der Gaskrise: Entwurf für eine zukünftige Energiepolitik

Infolge der jüngsten Gaskrise fordert der Ausschuss weitreichende Konsequenzen in der europäischen Energiepolitik - so z. B. verpflichtende nationale und europäische Notfallpläne bei Versorgungsengpässen, den Aufbau eines gemeinsamen europäischen Strom- und Gasnetzes sowie neue Klimaschutzziele für 2050, einschließlich eines Anteils von 60 % erneuerbarer Energien.

Nationale und europäische Notfallpläne

Angesichts der jüngsten Gaskrise zwischen der Ukraine und Russland, die zu Versorgungsengpässen in der EU führte, fordern die Abgeordneten eine Überarbeitung der Richtlinie über Maßnahmen zur Gewährleistung einer sicheren Erdgasversorgung. Die Kommission müsse noch vor Ende dieses Jahres einen entsprechenden Vorschlag vorlegen. Die überarbeitete Richtlinie müsse wirksame nationale und europäische Aktionspläne für den Notfall verbindlich vorschreiben, welche u. a. enthalten:

- eine gemeinsame Erklärung einer Notfallsituation,
- eine Aufteilung der verfügbaren Vorräte und der Infrastrukturkapazitäten auf die betroffenen Länder,
- die Koordinierung der Abgabe und
- die Auslösung von Sofortmaßnahmen in nicht oder weniger betroffenen Staaten, damit auf den betroffenen Märkten größere Gasmengen verfügbar sind.

Ein europäisches Supernetz

Die EU solle außerdem Gasspeicherkapazitäten entwickeln, die schnell freigegeben werden können, und ein gemeinsames europäisches Erdgasnetz schaffen, das alle Mitgliedstaaten miteinander verbindet, so der Bericht des Ausschusses. Der Aufbau von Erdgas- und Elektrizitätsverbindungen durch Mittel- und Südosteuropa entlang einer Nord-Süd-Achse sei besonders wichtig; zudem müssten die Netze in der Ostseeregion ausgebaut und in die westeuropäischen Netze integriert werden. Ziel müsse es sein, ein europäisches "Supernetz" zu schaffen, in das auch geplante Windenergieparks in der Nordsee eingegliedert werden sollten.

Ein neues Partnerschaftsabkommen mit Russland

Der Ausschuss spricht sich für ein umfassendes neues Übereinkommen mit Russland aus, welches das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1997 ersetzen soll. Die EU bezieht 42 % ihres Erdgases und über 30 % ihrer Rohöleinfuhren aus Russland.

Mehr Versorgungssicherheit durch neue Pipelines

Die Abgeordneten unterstützen außerdem Projekte zur Erschließung zusätzlicher Versorgungsquellen, wie z. B. die Nabucco-, die Türkei-Griechenland-Italien- und die South-Stream-Pipeline. Es sei "sehr wichtig, dass längerfristig, wenn es die politischen Verhältnisse zulassen, Lieferungen aus anderen Staaten des Kaspischen Raums, wie Usbekistan und Iran, eine weitere wesentliche Versorgungsquelle für die EU bilden", so der Bericht. Die EU importiert gegenwärtig rund die Hälfte der benötigten Energie - ein Anteil, der bis 2030 auf 70 % ansteigen kann.

Neue Klimaschutzziele für 2050: bis zu 80 % weniger Treibhausgase, 35 % Energieeffizienz, 60 % erneuerbare Energien

Die Parlamentarier fordern die Regierungschefs dazu auf, neue EU-Klimaziele festzulegen: bis 2050 müsse die EU die Treibhausgasemissionen um mindestens 60–80 % reduzieren, die Energieeffizienz um 35 % verbessern und den Anteil erneuerbarer Energiequellen auf 60 % erhöhen.

Energieeinsparungen seien "das wirksamste und kosteneffizienteste Mittel zur Verbesserung der Energieversorgungssicherheit", meinen die Abgeordneten und fordern Kommission und Mitgliedstaaten auf, auch das Energieeffizienzziel von mindestens 20 % bis 2020 umgehend rechtlich bindend festzuschreiben. Die beiden anderen EU-Klimaziele - die Reduzierung der Treibhausgase um 20 % und ein Anteil von 20 % erneuerbarer Energien - wurden bereits durch das im Dezember 2008 verabschiedete Klimapakett rechtsverbindlich festgelegt.

Nutzung der Atomenergie "auf dem höchsten technisch erreichbaren Sicherheitsniveau"

Die Atomkraft solle auch weiterhin Teil des Energiemixes bleiben, so der Industrienausschuss. Die Abgeordneten meinen, dass "unverzüglich einheitliche rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um die notwendigen Investitionsentscheidungen zu ermöglichen" und fordern die Kommission auf, "einen konkreten Fahrplan für Investitionen in die Kernenergie" zu erstellen.

Atomenergie sollte "auf dem höchsten technisch erreichbaren Sicherheitsniveau" genutzt werden, und auch Nachbarländer der EU sollten europäische Sicherheitsstandards übernehmen, wenn dort ein neues Kernkraftwerk geplant oder ein bestehendes modernisiert werde.

Darüber hinaus müssten Kommission und Rat gemeinsam mit der internationalen Atomenergieorganisation Modelle und Verfahren entwickeln, "die verhindern, dass die friedliche Nutzung der Atomenergie zu einer Weiterverbreitung von Atomwaffen führt", so die Abgeordneten.

Am 19. und 20. März werden sich die Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat in Brüssel mit dieser "Zweiten Überprüfung der Energiestrategie" auseinandersetzen.

Berichterstatterin: Anne LAPERROUZE (ALDE, Frankreich)

Bericht: (A6- /2009) - Zweite strategische Analyse der Energiepolitik

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache: Montag, 2.2.2009

Abstimmung: Dienstag, 3.2.2009

Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Verbesserung der Energieeffizienz durch Informations- und Kommunikationstechnologien

Die Kommission wird Stellung nehmen zu einer Anfrage zur mündlichen Beantwortung zum Thema "Verbesserung der Energieeffizienz durch Informations- und Kommunikationstechnologien".

Nachfolgend finden Sie den Text der Anfrage im Wortlaut:

"Betrifft: Verbesserung der Energieeffizienz durch Informations- und Kommunikationstechnologien

Die Kommission hat einen Aktionsplan verabschiedet, dessen Ziel es ist, den Energieverbrauch bis zum Jahr 2020 um 20 % zu senken und den Anteil der Energie aus erneuerbaren Quellen am Gesamtenergieverbrauch um 20 % zu erhöhen.

Wie wird die Kommission sicherstellen, dass eine Synergie zwischen der zukünftigen Förderung der IKT-Kapazitäten durch die öffentliche Politik und bestehenden Maßnahmen für die Energieeffizienz von IKT-Produkten entsteht? Welche Anreize kann die Kommission nennen, die dazu beitragen werden, dass bei der Erfüllung der bis 2020 zu erreichenden EU-Ziele messbare und reproduzierbare Beispiele für den Bei-

trag der IKT zur Energieeffizienz realisierbar werden?

Kann die Kommission darlegen, wie sichergestellt werden soll, dass die IKT zu einem Schlüsselindikator für die Umsetzung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie wird?

Die Anwendbarkeit und der Einsatz von Forschungsergebnissen muss noch weiter verbessert werden. Kann die Kommission darlegen, wie sie Forschung und technologische Entwicklung im IKT-Bereich im Hinblick auf einen energieeffizienten Sektor fördern wird? Wie lässt sich darüber hinaus die Forschung besser mit der Entwicklungs- und Einsatzphase verknüpfen?

Der Verkehrssektor wurde in der Mitteilung der Kommission als einer der Bereiche mit dem größten Energiesparpotenzial ausgewiesen. Wie wird die Kommission den Einsatz von ITS/IKT-Technologielösungen für ein optimiertes Verkehrsmanagement durch die Straßenbetreiber und Verkehrsmanager in den Städten und Regionen Europas fördern? Wie wird sie sicherstellen, dass das gewünschte Fahrerverhalten nachhaltig ist?"

Montag, 2.2.2009

Außenhandel/internationaler Handel

Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit China

Der Handel zwischen der EU und China hat seit 2000 enorm zugenommen, so der Ausschuss für internationalen Handel. Seit 2006 ist die EU Chinas größter Handelspartner, seit 2007 nimmt China den zweiten Platz unter den Handelspartnern der EU ein. Jedoch sei der bilaterale Handel zwischen China und der EU weiterhin unausgewogen. Das Defizit der EU belaufe sich aktuell auf 160 Mrd. EUR und wachse weiter.

"Die Handelsbeziehungen zwischen Europa und China sollten auf Engagement und einer strategischen Partnerschaft beruhen, die gemäß unseren gemeinsamen Werten und unter Beachtung der WTO-Vorschriften geprägt ist", so Berichterstatterin Corien **WORTMANN-KOOL** (EVP-ED, Niederlande). China wiederum müsse begreifen, dass sich Europa echte Sorgen um die fehlende Gegenseitigkeit beim Marktzugang und Fragen wie Produktfälschung mache.

Reaktion auf die Finanzkrise

Die gegenwärtige weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise sei auch durch finanzielle und makroökonomische Ungleichgewichte und den Rückgang der Binnennachfrage und der Exporte verursacht worden, so der Bericht. "Um der Krise zu begegnen, muss die Zusammenarbeit zwischen der EU und China ein ganz neues Niveau erreichen". Es biete sich nun "eine großartige Möglichkeit", Verantwortung zu zeigen und einen Beitrag zur Lösung der Krise zu leisten.

Die chinesische Wirtschaft entspreche in vielen Bereichen noch nicht den Kriterien einer Marktwirtschaft. Als einer der Antriebsmotoren des weltweiten Wachstums müsse das Land jedoch seiner Verantwortung für eine nachhaltige und ausgewogene Entwicklung der Weltwirtschaftsordnung gerecht werden. Der Ausschuss appelliert an China, in der WTO eine aktive Rolle zu übernehmen. Auch das chinesische Konjunkturprogramm für Wachstum und Beschäftigung müsse im Einklang mit den WTO-Regeln stehen und dürfe den lautereren Wettbewerb nicht verzerren.

Politischer Dialog und Menschenrechte

Der Ausschuss ist der Überzeugung, dass Demokratie nur auf der Grundlage einer handlungsfähigen Zivilgesellschaft entstehen kann, die ihrerseits durch Handels- und Wirtschaftsbeziehungen gestärkt wird. „Wandel durch Handel“ sei eine Möglichkeit, um China auf dem Weg zu einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu unterstützen. Die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit China müsse Hand in Hand mit einem echten, fruchtbaren und wirksamen politischen Dialog verlaufen. Ein solcher ständiger Dialog könne auch dazu beitragen, Handelsstreitigkeiten zu vermeiden und beizulegen.

Marktzugang und Protektionismus

"Praktiken, um den Marktzugang zu steuern stehen im Widerspruch zum WTO-Abkommen", so die Berichterstatterin. Man zeige sich besorgt darüber, dass in bestimmten Sektoren diskriminierende Maßnahmen gegen ausländische Firmen eingeleitet worden seien: Protektionistische Praktiken, ausufernde Bürokratie, Subventionen verschiedener Art und die fehlende Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte verhinderten den uneingeschränkten Marktzugang vieler EU-Unternehmen und EU-Unternehmen würden somit auf dem chinesischen Markt benachteiligt.

Kleine und mittlere Unternehmen

"KMU stehen vor den gleichen Herausforderungen wie größere Unternehmen, sind aber aufgrund ihrer ge-

ringen Größe oftmals schlechter für diese Aufgabe gerüstet", so Berichterstatterin Wortmann-Kool. Nichttarifäre Handelshemmnisse (NTH) stellen vor Allem für europäische KMU in China ein großes Hindernis dar; entsprechend müssten diese insbesondere bei der Überwindung von Hemmnissen für den Marktzugang unterstützt werden. Die Kommission und die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, ein erfolgreiches Wirken der EU-Marktzugangsteams in China zu gewährleisten.

Produktfälschungen

Die wirksame Durchsetzung von geistigen Eigentumsrechten (IPR) sei in China nach wie vor "äußerst schwierig". Der Ausschuss appelliert ausdrücklich dafür, verstärkt gegen die Defizite bei der Anwendung und Durchsetzung von IPR vorzugehen.

Soziale und ökologische Auswirkungen

In dem Bericht äußert der Ausschuss zudem tiefe Besorgnis über die durch Chinas Industrie verursachte starke Umweltverschmutzung und ihren wachsenden Verbrauch natürlicher Ressourcen und fordert eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der EU und China, um den Transfer von Technologien mit geringem CO₂-Ausstoß, insbesondere zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen, zu fördern.

Auch die Kinderarbeit in China wird scharf kritisiert. Die chinesische Regierung müsse sich "mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, dass der Kinderarbeit die Grundlage entzogen wird, um diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu setzen." Auch die Kommission wird aufgerufen, "dieses Problem so bald wie möglich anzusprechen."

An in China tätige europäische Unternehmen appelliert der Ausschuss, sich im Rahmen ihrer sozialen Verantwortung als Unternehmen gegenüber den Arbeitnehmern und der Umwelt an den internationalen Normen der höchsten Ebene und an bewährten Verfahren zu orientieren.

Berichterstatterin: Corien WORTMANN-KOOL (EVP-ED, Niederlande)

Bericht: (A6- /2009) - Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit China

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache und Abstimmung: Donnerstag, 5.2.2009

Kleine und mittlere Unternehmen stärken

Der Ausschuss für internationalen Handel will die Rolle der europäischen KMU (Kleine und mittlere Unternehmen) im internationalen Handel stärken. In der Europäischen Union gibt es 23 Millionen Unternehmen (99 % aller Unternehmen) mit weniger als 250 Mitarbeitern und einem Umsatz von höchstens 50 Millionen Euro. Sie stellen insgesamt 75 Millionen Arbeitsplätze (70 %) bereit.

"Die kleinen und mittleren Unternehmen sind im 21. Jahrhundert die große Hoffnung, aber auch die große Unbekannte", so Berichterstatterin Cristiana **MUSCARDINI** (Europa der Nationen - UEN, Italien). Trotz der schwierigen Wirtschaftslage und der wachsenden Wettbewerbsfähigkeit der nichteuropäischen Staaten seien die KMU "das Rückgrat der europäischen Wirtschaft".

Barrieren abbauen

Allerdings sei die internationale Präsenz der KMU "noch unzureichend." Lediglich 18 % der KMU seien international tätig, und der Großteil ihrer Exporte verbleibe in der EU. Der Ausschuss fordert, dem Stellenwert der KMU und ihren Interessen besser Rechnung zu tragen. Die Belastungen für KMU im internationalen Handelssystem müssten verringert werden. Kommission und Mitgliedstaaten werden aufgefordert, ihre Prioritäten auf multilateraler Ebene zu überprüfen und sich dafür einzusetzen, dass "Handelshemmnisse beseitigt werden, der internationale Handel durch geeignete Vereinfachungsmaßnahmen gefördert wird und die Rechtsvorschriften harmonisiert werden."

Unterstützung für die Internationalisierung von KMU

Der europäische „Small Business Act“ soll als stabiler, einheitlicher, verbindlicher und globaler Rahmen der Politik der Kommission für die KMU dienen. Dessen "Kernstück" soll die Internationalisierung der KMU sein und demnach ein vorrangiges Ziel der Handelspolitik bilden, verlangen die Abgeordneten.

Auch der Zugang von KMU zu Finanzmitteln und insbesondere Mikrokrediten müsse verbessert werden. Hierzu könnten gemeinsame Instrumente wie der Europäische Investitionsfonds, das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation und die Initiative JEREMIE (Joint European Resources for Micro-to-Medium Enterprises) einen positiven Beitrag leisten.

Man müsse "einheitlich und ehrgeizig" zusammenarbeiten und den KMU aus der EU so "die Chance bieten, sich harmonisch und mit einer höheren Wachstumsrate zu entwickeln", so die Abgeordneten abschließend.

Berichterstatterin: Cristiana MUSCARDINI (Europa der Nationen - UEN, Italien)

Bericht: (A6-0001/2009) - Stärkung der Rolle europäischer KMU im internationalen Handel

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache und Abstimmung: Donnerstag, 5.2.2009

Erklärung der Kommission zur Bewertung der Folgen der bei den DOHA-Verhandlungen Ende Juli 2008 erzielten Kompromisse zum Marktzugang für Industrieerzeugnisse und Dienstleistungen

Die Kommission wird eine Erklärung zum Thema "Bewertung der Folgen der bei den DOHA-Verhandlungen Ende Juli 2008 erzielten Kompromisse zum Marktzugang für Industrieerzeugnisse und Dienstleistungen" abgeben.

Am Montag ab 17 Uhr wird die Europäische Kommission eine Erklärung zur Bewertung der Folgen der bei den DOHA-Verhandlungen Ende Juli 2008 erzielten Kompromisse zum Marktzugang für Industrieerzeugnisse und Dienstleistungen abgeben.

Montag, 2.2.2009

Entwicklung und Zusammenarbeit

Entwicklungshilfe wie zugesagt aufstocken

Der Entwicklungsausschuss fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Zusagen einzuhalten und die öffentliche Entwicklungshilfe trotz der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise aufzustocken. Die Entwicklungshilfe sollte in erster Linie dazu dienen, die Anstrengungen zur Erreichung der Millenniums-Ziele in jenen Ländern des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raums (AKP) zu verdoppeln, die am härtesten von den Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Nahrungsmittelkrise getroffen werden.

Das Abkommen von Cotonou zwischen der EU und den AKP-Staaten enthält eine Klausel, nach der die EU und die AKP-Staaten übereinkommen, „eine neue, WTO-konforme Handelsregelung zu vereinbaren, die zwischen ihnen bestehenden Handelshemmnisse schrittweise zu beseitigen und die Zusammenarbeit in allen handelsrelevanten Bereichen zu verstärken“.

In dem Bericht des deutschen CDU-Abgeordneten Jürgen **SCHRÖDER** "zu den Auswirkungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) auf die Entwicklung" betonen die Abgeordneten, dass WPA dazu beitragen sollen, die Armut abzubauen, die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen und grundlegende Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung und auf Zugang zu den wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen zu garantieren. Die Abgeordneten unterstreichen, dass weder Abschluss noch Kündigung eines WPA zu einer Situation führen sollten, in der ein AKP-Land in eine ungünstigere Situation gerät als unter den derzeit geltenden Bedingungen.

Was Verhandlungen und Durchführung der Abkommen betrifft, dürften Ministerrat und EU-Kommission "nur Waren betreffende WTO-kompatible Vorschläge" aus den AKP-Ländern akzeptieren, so der Entwicklungsausschuss. Die WTO-Kompatibilität beziehe sich nur auf den Warenhandel und erfordere, dass nahezu der gesamte Handel innerhalb eines angemessenen Zeitraums liberalisiert werde.

Entwicklungshilfe aufstocken

An die Mitgliedstaaten richtet der Entwicklungsausschuss die Forderung, trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise "ihre Verpflichtungen zur Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe zu erfüllen". Dadurch ließe sich auch die handelsbezogene Hilfe steigern. Die zugesagte Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe sollte in erster Linie dazu dienen, die Anstrengungen zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele in jenen AKP-Ländern zu verdoppeln, die am härtesten von den Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Nahrungsmittelkrise getroffen werden.

Auch sollten die Mitgliedstaaten flankierende Maßnahmen in Form regionaler Handelshilfepakete für die Umsetzung der WPA verabschieden, die zur positiven Wirkung der WPA auf die Entwicklung beitragen.

Überprüfung fünf Jahre nach Unterzeichnung

Die Abgeordneten betonen, dass WPA eine Revisionsklausel für eine Überprüfung fünf Jahre nach Unterzeichnung enthalten sollten. An dieser Revision müssten die nationalen Parlamente, das Europäische Parlament und die Bürgergesellschaft offiziell beteiligt werden. Diese Frist würde zudem eine intensive Bewertung der Auswirkungen der WPA auf die Volkswirtschaften und die Regionalintegration der AKP-Staaten sowie eine angemessene Neuorientierung ermöglichen.

Mittel "bestmöglich nutzen", Reformen durchführen

EU-Kommission und AKP-Länder müssten die für handelsbezogene Hilfen zur Verfügung stehenden Mittel "bestmöglich nutzen", um den Reformprozess in für die Wirtschaftsentwicklung wesentlichen Bereichen zu unterstützen. Die Möglichkeiten der WPA könnten nur voll und ganz genutzt werden, wenn starke flankierende Maßnahmen der AKP-Länder hinzukämen. Neben der Verbesserung der Infrastruktur gehe es u. a. darum, Nettoverluste bei den Zolleinnahmen auszugleichen und Steuerreformen zu fördern, "damit nicht weniger öffentliche Investitionen in den Sozialbereich fließen". Zudem erforderlich seien Investitionen in die Produktionskette und eine Steigerung der Produktion von Exportgütern mit höherem Mehrwert.

Plenartagung

Darüber hinaus verlangen die Abgeordneten von den Regierungen der AKP-Staaten Reformen insbesondere in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Management der Staatsfinanzen, Einziehung von Zolleinnahmen, Steuereinnahmesystem sowie Bekämpfung von Korruption und Missmanagement. Diese Reformen seien für eine gute Regierungsführung erforderlich.

Berichtersteller: Jürgen SCHRÖDER (CDU)

Bericht: (A6-0513/2008) - Auswirkungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) auf die Entwicklung

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache: Montag, 2.2.2009

Abstimmung: Dienstag, 3.2.2009

Rechte der Frau/Chancengleichheit

Beseitigung von Diskriminierung

Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter plädiert für die Beseitigung der geschlechtsbedingten Diskriminierung und die Solidarität zwischen den Generationen. Die Kluft zwischen Frauen und Männern bestehe in vielen Bereichen fort, so etwa bei der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben. Nur 62,4 % der Frauen mit betreuungsbedürftigen Kindern befänden sich in einem Beschäftigungsverhältnis - im Vergleich zu 91,4 % der Männer.

Diskriminierung entstehe z. B., wenn Personen sich dafür entschieden, in die Bildung der menschlichen Fähigkeiten zukünftiger Generationen, die Betreuung Pflegebedürftiger oder in die Unterstützung generationenübergreifender Solidaritätsnetze zu investieren, so die Abgeordneten. "Dieses Engagement wird in keiner Statistik erfasst", erklärt Berichterstatterin Anna **ZÁBORSKÁ** (EVP-ED, Slowakei), obwohl es doch unübersehbar sei. Sie plädiert dafür, auch die zahlreichen Formen der Nichterwerbsarbeit, die von Frauen und Männern vor allem im Bereich der ehrenamtlichen sowie der Haus- und Familienarbeit ausgeführt werden, anzuerkennen. Pflegearbeit werde immer noch allzu häufig als "Nicht-Arbeit" betrachtet; es gebe weder eine Qualifikation noch eine allgemein anerkannte Definition.

Anerkennung von Solidarität zwischen den Generationen

Die Mitgliedstaaten werden aufgerufen, Maßnahmen zu treffen, um die unsichtbare informelle Arbeit im Bereich der Solidarität zwischen den Generationen in rechtlicher, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht anzuerkennen. Der Begriff der "Solidarität zwischen den Generationen" umfasse hierbei nicht nur Kinderbetreuung, sondern auch die Verantwortung für alte und pflegebedürftige Menschen. Die Kommission soll Vorschläge für konkrete Initiativen unterbreiten, die dazu beitragen sollen, diese Kompetenzen bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu berücksichtigen.

Aufruf an die Gesellschaft

Vorgeschlagen wird, dass die Mitgliedstaaten sich dafür einsetzen, dass ein einjähriger Mutterschaftsurlaub eingeführt wird und auch der Umgang mit Vaterschafts- und Elternurlaub verbessert wird. Denn in allen Mitgliedstaaten nehme nur ein geringer Prozentsatz von Männern den Urlaub in Anspruch. Auch ersucht der Ausschuss die Kommission, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und den Sozialpartnern eine Überprüfung der Politik zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben einzuleiten. Die Mitgliedstaaten sollen eine Steuerpolitik betreiben, die den finanziellen Verpflichtungen der Haushalte und insbesondere den Kosten für die Kinderbetreuung und die Betreuung alter und pflegebedürftiger Personen durch eine steuerliche Regelung oder ein System der Steuererleichterung Rechnung trägt.

Berichterstatterin: Anna ZÁBORSKÁ (EVP-ED, Slowakei)

Bericht: (A6-0492/2008) - Beseitigung der geschlechtsbedingten Diskriminierung und die Solidarität

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache: Montag, 2.2.2009

Abstimmung: Dienstag, 3.2.2009

Landwirtschaft

Inverkehrbringen und Verwendung von Futtermitteln

Am 5. Februar wird das EP über die neue Verordnung "über das Inverkehrbringen und die Verwendung von Futtermitteln" abstimmen, mit der eine grundlegende Neufassung des europäischen Futtermittelrechts angestrebt wird.

Im Vorfeld konnten sich Vertreter des Parlaments unter Federführung von Berichterstatter Friedrich-Wilhelm **GRAEFE ZU BARINGDORF** (Bündnis90/Die Grünen) und der tschechischen Ratspräsidentschaft auf einen Kompromiss verständigen, so dass die Verordnung vom EP in Erster Lesung verabschiedet werden kann.

Bei Redaktionsschluss lag der Kompromiss noch nicht in deutscher Sprache vor. Eine detaillierte Darstellung der Verordnung veröffentlichen wir unmittelbar nach der Abstimmung im Plenum am kommenden Donnerstag.

Mit der Verordnung wird eine grundlegende Neufassung des europäischen Futtermittelrechts angestrebt. Dabei geht es sowohl um eine Vereinfachung der Gesetzgebung als auch um eine Angleichung des Futtermittelrechts an die Bestimmungen für Lebensmittel. Im Zentrum des Vorschlags der Kommission stehen folgende Elemente: die „offene Deklaration“ der Futtermittel-Ausgangserzeugnisse; die Kennzeichnung von Futtermittel-Zusatzstoffen; die Selbstregulierung im Rahmen von Kodizes oder Leitlinien; kontaminierte Ausgangserzeugnisse sowie Durchführungsbestimmungen (Komitologie).

Mit Blick auf die Futtermittelkennzeichnung ist laut Graefe zu Baringdorf darauf zu achten, dass dem Recht auf Information des Käufers ebenso Rechnung getragen wird wie dem berechtigten Interesse des Herstellers an der Wahrung seines geistigen Eigentums. Allerdings sollte die Entscheidung, ob einer Nachfrage des Kunden nachzukommen ist, nicht allein dem Ermessen des Herstellers überlassen bleiben. Das Prinzip der "offenen Deklaration" sei so zu interpretieren, dass dem Käufer, gegebenenfalls auf begründete Nachfrage, "eine grundsätzliche Möglichkeit zur Information gegeben wird, im Rahmen einer gesetzlich festgelegten Prozedur".

Berichterstatter: Friedrich Wilhelm GRAEFE ZU BARINGDORF (Bündnis90/Die Grünen)

Bericht: (A6-0407/2008) - Inverkehrbringen und Verwendung von Futtermitteln

Verfahren: Mitentscheidung, 1. Lesung

Aussprache und Abstimmung: Donnerstag, 5.2.2009

Verkehr

Zukunft der allgemeinen Luftfahrt und der Geschäftsreiseluftfahrt

Die zivile, private Luftfahrt sowie die Geschäftsreiseluftfahrt wachsen rasant. Der Verkehrsausschuss hat daher einen Bericht für "eine Agenda für eine nachhaltige Zukunft der allgemeinen Luftfahrt und der Geschäftsreiseluftfahrt" vorgelegt, der nun dem EP zur Abstimmung vorliegt.

Die allgemeine Luftfahrt und die Geschäftsreiseluftfahrt bilden diejenigen Segmente der Zivilluftfahrt in Europa, die am schnellsten wachsen. Schätzungen zufolge gibt es derzeit zwischen 30 000 und 50 000 motorgetriebene Luftfahrzeuge der allgemeinen Luftfahrt. Im Bereich der Geschäftsreiseluftfahrt erwartet Eurocontrol eine Verdoppelung der Zahl der Geschäftsflugzeuge (einschließlich sehr leichter Flugzeuge) auf 3 500 bis 2017. Im Jahr 2006 machten die allgemeine Luftfahrt und die Geschäftsreiseluftfahrt etwa 9 % aller von Eurocontrol registrierten Flugbewegungen aus; die Zahl der Flugbewegungen in diesen Segmenten ist doppelt so schnell gestiegen wie der übrige Flugverkehr.

Ökologische Nachhaltigkeit

Die Abgeordneten sind der Auffassung, dass die allgemeine Luftfahrt und die Geschäftsreiseluftfahrt – was CO₂-Emissionen und Lärm betrifft – im Vergleich zur gewerblichen Luftfahrt geringe Umweltauswirkungen haben. Sie erachten es jedoch für notwendig, die Emissionen durch die weitere Verbesserung der Umweltleistung kleinerer Luftfahrzeuge mittels Verwendung saubererer Kraftstoffe und der Förderung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation zu verringern.

Lärmprobleme sollten entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip auf nationaler und lokaler Ebene geregelt werden, so der Ausschuss. Lärmkartierung sei eines von mehreren Mitteln, um ausgewogen und methodisch vorgehen zu können, damit die Entwicklung von Flughäfen sichergestellt wird, ohne dass die Bürger vor Ort unter erheblicher Lärmbelastung leiden müssen.

In Modernisierung und Bau kleiner und mittelgroßer Flughäfen investieren

Der Verkehrsausschuss fordert die Mitgliedstaaten und die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften auf, in die Modernisierung und den Bau kleiner und mittelgroßer Flughäfen zu investieren, da diese für die allgemeine Luftfahrt und die Geschäftsreiseluftfahrt von wesentlicher Bedeutung seien.

Für die allgemeine Luftfahrt und die Geschäftsreiseluftfahrt sei es in zunehmendem Maße schwierig, Zugang nicht nur zu den großen Flughäfen, sondern auch zu den Regionalflughäfen zu erhalten, da die steigende Nachfrage von Seiten des gewerblichen Luftverkehrs die Verfügbarkeit von Zeitnischen und Abstellpositionen einschränke.

Kommission und Mitgliedstaaten werden dringend dazu aufgerufen, diese Probleme durch ihre Flughafenbehörden zu lösen. Es sollten Maßnahmen durchgeführt werden, mit denen die Ausnutzung bestehender Kapazitäten durch eine verbesserte Planung und den Einsatz moderner Technologien optimiert werde.

Berichtersteller: Luís QUEIRÓ (EVP-ED, Portugal)

Bericht: (A6-0501/2008) - Agenda für eine nachhaltige Zukunft der allgemeinen Luftfahrt und der Geschäftsreiseluftfahrt

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache: Montag, 2.2.2009

Abstimmung: Dienstag, 3.2.2009

Entwurf der Tagesordnung für die Tagung

Entwurf der Tagesordnung
Plenartagung 2.-5. Februar 2009
 Straßburg

Montag, 2.9.2009

17:00 - 24:00	
	<ul style="list-style-type: none"> • Wiederaufnahme der Sitzungsperiode und Arbeitsplan
	<ul style="list-style-type: none"> • Ausführungen von einer Minute (Artikel 144 GO)
	<ul style="list-style-type: none"> • Erklärung der Kommission - Bewertung der Folgen der bei den DOHA-Verhandlungen Ende Juli 2008 erzielten Kompromisse zum Marktzugang für Industrieerzeugnisse und Dienstleistungen
	<ul style="list-style-type: none"> • Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Produktion und Beschäftigung im Textil- und Bekleidungssektor in mehreren Mitgliedstaaten der EU INTA (O-0008/2009)
	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinsame Aussprache - Energiepolitik
	<ul style="list-style-type: none"> • Erklärung der Kommission - Konsequenzen der kürzlichen Krise im Gassektor
	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht: Anne Laperrouze (A6- /2009) - Zweite strategische Analyse der Energiepolitik
	<ul style="list-style-type: none"> • Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Verbesserung der Energieeffizienz durch Informations- und Kommunikationstechnologien Vladimír Remek (O-0115/2008 - B6-0003/2009)
	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht: Jürgen Schröder (A6-0513/2008) - Auswirkungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) auf die Entwicklung
	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht: Gyula Hegyi (A6-0478/2008) - Unberührte Naturlandschaften in Europa
	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht: Luís Queiró (A6-0501/2008) - Agenda für eine nachhaltige Zukunft der allgemeinen Luftfahrt und der Geschäftsreisefluffahrt
	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht: Anna Záborská (A6-0492/2008) - Beseitigung der geschlechtsbedingten Diskriminierung und die Solidarität zwischen den Generationen
	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht: Malcolm Harbour (A6- /2009) - Vorkommerzielle Auftragsvergabe: Innovationsförderung zur Sicherung tragfähiger und hochwertiger öffentlicher Dienste in Europa
	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht: Martine Roure (A6- /2009) - Anwendung der Richtlinie 2003/9/EG zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten in der EU: Reisen des LIBE-Ausschusses von 2005 bis 2008

Dienstag, 3.2.2009

9:00 - 11:50	
	<ul style="list-style-type: none"> • gegebenenfalls Abstimmung über die Dringlichkeitsanträge (Artikel 134 GO)
	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht: Roberta Angelilli (A6- /2009) - Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie
	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht: Claudio Fava (A6- /2009) - Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen

Plenartagung

12:00 - 13:00	
	• Abstimmungen
15:00 - 18:00	
	• Gemeinsame Aussprache - Guantánamo-Häftlinge/Beförderung und rechtswidriges Festhalten von Gefangenen durch die CIA
	• Erklärungen des Rates und der Kommission - Rückführung und Neuansiedlung von Guantánamo-Häftlingen
	• Erklärungen des Rates und der Kommission - Behauptete Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen
	• Erklärungen des Rates und der Kommission - Besorgnis erregende Situation in Gewahrsamszentren für Immigranten, insbesondere auf den Inseln Mayotte und Lampedusa
18:00 - 19:30	
	• Fragestunde mit Anfragen an die Kommission (B6- /2009)
21:00 - 23:00	
	• Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Schutz traditioneller nationaler, ethnischer und Einwandererminderheiten in Europa Csaba Sándor Tabajdi, Hannes Swoboda, Jan Marinus Wiersma, Véronique De Keyser, Katrin Saks, Claude Moraes (O-0002/2009 - B6-0005/2009)

Mittwoch, 4.2.2009

9:00 - 11:20 AUSSPRACHE ZU EINEM SCHWERPUNKTTHEMA	
	• Bericht: Karl-Heinz Florenz (A6-0495/2008) - 2050: Die Zukunft beginnt heute — Empfehlungen für die künftige integrierte Klimaschutzpolitik der EU
11:30 - 12:00	
	• Abstimmungen
12:00 - 12:30	
	• Feierliche Sitzung - Palästinensische Autonomiebehörde
12:30 - 13:00	
	• Fortsetzung der Abstimmungen
15:00 - 18:00 [AUSSPRACHEN ZU AKTUELLEN THEMEN]	
	• Erklärungen des Rates und der Kommission - Kosovo
	• Erklärungen des Rates und der Kommission - Auswirkungen der Finanzkrise auf die Automobilindustrie
	• Erklärungen des Rates und der Kommission - Konsularischer Schutz von EU-Bürgern in Drittländern
18:00 - 19:00	
	• Fragestunde mit Anfragen an den Rat (B6- /2009)
21:00 - 23:00	
	• Erklärung der Kommission - Die dramatischen Auswirkungen des Sturms 'Klaus' in Südeuropa

Donnerstag, 5.2.2009

10:00 - 11:50	
---------------	--

Plenartagung

	<ul style="list-style-type: none">• Bericht: Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf (A6-0407/2008) - Inverkehrbringen und Verwendung von Futtermitteln
12:00 - 13:00	
	<ul style="list-style-type: none">• Abstimmungen
15:00 - 16:00	
	<ul style="list-style-type: none">• Aussprachen über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit - Dauer: höchstens eine Stunde (Artikel 115 GO)
16:00 [bzw. im Anschluss an die vorangegangenen Aussprachen]	
	<ul style="list-style-type: none">• Abstimmungen

Codes der parlamentarischen Verfahren

A-Reihe	Berichte und Empfehlungen
B-Reihe	Entschlüsse und mündliche Anfragen
C-Reihe	Dokumente anderer Institutionen
*	Verfahren der Konsultation
** 	Verfahren der Zusammenarbeit (erste Lesung)
** 	Verfahren der Zusammenarbeit (zweite Lesung)
***	Verfahren der Zustimmung
*** 	Verfahren der Mitentscheidung (erste Lesung)
*** 	Verfahren der Mitentscheidung (zweite Lesung)
*** 	Verfahren der Mitentscheidung (dritte Lesung)

Abkürzungen

BG	Bulgarien	IE	Irland	AT	Österreich
BE	Belgien	IT	Italien	PL	Polen
CZ	Tschechische Republik	CY	Zypern	PT	Portugal
DK	Dänemark	LV	Lettland	RO	Rumänien
DE	Deutschland	LT	Litauen	SI	Slowenien
EE	Estland	LU	Luxemburg	SK	Slowakei
EL	Griechenland	HU	Ungarn	FI	Finnland
ES	Spanien	MT	Malta	SE	Schweden
FR	Frankreich	NL	Niederlande	UK	Vereinigtes Königreich

Fraktionen

EPP-ED	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
PES	Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
ALDE/ADLE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
Greens/EFA	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
IND/DEM	Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie
UEN	Fraktion Union für das Europa der Nationen
FL	Fraktionslos

Fraktionen im Europäischen Parlament

	EVP-ED	SPE	ALDE	UEN	GRÜNE/ FEA	VEL/ NGL	IND/ DEM	FL	Gesamt
BE	6	7	6		2			3	24
BG	5	5	5					3	18
CZ	14	2				6	1	1	24
DK	1	5	4	1	1	1	1		14
DE	49	23	7		13	7			99
EE	1	3	2						6
IE	5	1	1	4		1	1		13
EL	11	8				4	1		24
ES	24	24	2		3	1			54
FR	18	31	10		6	3	3	7	78
IT	24	17	12	13	2	7		3	78
CY	3		1			2			6
LV	3		1	4	1				9
LT	2	2	7	2					13
LU	3	1	1		1				6
HU	13	9	2						24
MT	2	3							5
NL	7	7	5		4	2	2		27
AT	6	7	1		2			2	18
PL	15	9	6	20			3	1	54
PT	9	12				3			24
RO	18	10	6		1				35
SI	4	1	2						7
SK	8	3						3	14
FI	4	3	5		1	1			14
SE	6	5	3		1	2	2		19
UK	27	19	11		5	1	8	7	78
Gesamt	288	217	100	44	43	41	22	30	785